

# Deputation für Bildung

(städtisch)

## Sitzungsprotokoll der 26. Sitzung

16. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2003 - 2007

Sitzungstag <b>18. Mai 2006</b>	Sitzungsbeginn <b>10.50 Uhr</b>	Sitzungsende <b>13.50 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Rembertiring 8 – 12 28195 Bremen</b>
------------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	--

### Teilnehmer/innen:

siehe anliegende Anwesenheitsliste

### Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 16. März 2006	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Schulneubau Borgfeld Saatland – Kostendarstellung	Vorlage G 152
TOP 5	Schulgeschichtliche Sammlung	Vorlage G 153
TOP 6	Richtlinie über die finanzielle Förderung von mehrtägigen Schulfahrten der Stadtgemeinde Bremen	Vorlage G 154
TOP 7	Bericht zur Durchführung der Ostercamps	Vorlage G 155
TOP 8	Unterrichtsversorgung der Schulen der Stadtgemeinde Bremen im Schuljahr 2006/2007	Vorlage G 156
TOP 9	Bericht zur Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur	Vorlage G 157

### **TOP 1      Genehmigung der Tagesordnung**

---

Der Tagesordnungspunkt 5 „Schulgeschichtliche Sammlung“ wird ausgesetzt, die Tagesordnung wird mit dieser Änderung genehmigt. Frau Stahmann bittet, die Vorlage G 156 „Unterrichtsversorgung der Schulen der Stadtgemeinde Bremen im Schuljahr 2006/2007“ um mindestens eine Woche auszusetzen. Dieser Antrag wird bei einer Fürstimme von Bündnis 90/die Grünen abgelehnt.

### **TOP 2      Genehmigung des Protokolls vom 16. März 2006**

---

Das Protokoll der 25. Sitzung der Deputation für Bildung wird ohne Änderungen genehmigt.

### **TOP 3      Verschiedenes**

---

- 1) Der von Frau Stahmann erbetene Bericht zu den Anwahlen in der **Grundschule „Fährer Flur“** wurde versandt.
- 2) Der von Frau Stahmann erbetene Bericht zu **den GyO-Anwahlen** wurde versandt.

- 3) Der von Frau Stahmann erbetene Bericht zu den weiteren Planungen hinsichtlich eines **privaten Gymnasiums in kirchlicher Trägerschaft** wurde versandt.
- 4) Die Antwort auf die Frage von Herr Rohmeyer zum verkürzten **Bildungsgang zum Übergang in die GyO am SVL** wurde verteilt. Herr Rohmeyer fragt, durch wen Schulversuche zu genehmigen sind. Herr Henschen erwidert, dass das Schulgesetz regelt, dass die Entscheidung beim Senator für Bildung und Wissenschaft und für Schulen in Bremerhaven beim Senator für Bildung und Wissenschaft in Abstimmung mit dem Magistrat liegt. Herr Rohmeyer fragt, ob eine Beteiligung der Deputation für Bildung ebenfalls vorgeschrieben sei. Herr Henschen verneint dies.
- 5) Frau Schmidtke bittet um einen Bericht zur **Sanierung der Turnhalle des Schulzentrums** an der Lerchenstraße.
- 6) Frau Schmidtke bittet um einen Bericht zu Problemen **beim Sporthallenmanagement** – insbesondere in Bremen-Nord.
- 7) Herr Rohmeyer fragt nach dem Sachstand in **Borgfeld hinsichtlich der Zuweisung** von Schülerinnen und Schülern an die Schule Curiestraße. Senator Lemke erwidert, dass die Situation für dieses Jahr zur Zufriedenheit aller Beteiligten gelöst werden konnte. Er weist darauf hin, dass es zukünftig nicht sein kann, dass in der Curiestraße Räume leer stehen und in Borgfeld der Ruf nach einem Anbau laut wird. Um dem vorzubeugen, müssen unter Umständen die Schuleinzugsbezirksgrenzen verändert werden.
- 8) Herr Rohmeyer bittet um einen Bericht zu den Beratungen bezüglich der Finanzierung eines **Multifunktionsplatzes an der Grundschule Oberneuland**.
- 9) Frau Stahmann fragt, wie die teilweise sehr unterschiedlichen Regelungen zum **Schulausfall bei mündlichen Abitursprüfungen** für die restlichen Schüler zustande kommen und ob eine einheitliche Regelung hier nicht angeraten sei. Frau Kuhmann (ZEB) ergänzt, dass dieses Problem auch bei den mündlichen Abschlussprüfungen auftrete, auch hier wäre eine einheitliche Regelung wünschenswert. Herr Bothmann führt aus, dass die Schulen aufgefordert sind, so wenig Unterricht wie irgend möglich ausfallen zu lassen. Allerdings benötigen Schulen viele Lehrerinnen und Lehrer um mündliche Prüfungen durchführen zu können. Herr Feuser ergänzt, dass ein weiteres Kriterium sei, wie viele Prüfungen abgenommen werden müssen und wie viele Lehrerinnen und Lehrer angewählt seien. Die Schulen seien sich bei den Regelungen der ihnen übertragenen Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler bewusst.
- 10) Senator Lemke berichtet, dass die **Schule am Baumschulenweg ihren Meistertitel im Schach** verteidigen konnte.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der offenen Frage zur nächsten Sitzung der Deputation für Bildung zu.

**TOP 4 Erweiterung der Grundschule am Borgfelder Saatland, II. BA Vorlage G 152**  
Hier: Bau- und Kostenplanung

Senator Lemke zeigt sich erfreut über die behindertengerechte Realisierung des zweiten Bauabschnitts. Er bedauert, dass wegen der Haushaltsenge der Schule der gewünschte zusätzliche Fachraum zur Verfügung gestellt werden kann. Herr Rohmeyer zeigt sich erfreut über die Realisierung und betont, dass dies ein positiver Aspekt für Borgfeld sei. Frau Stahmann hält die Lösung für angemessen. Herr Tiedtke (Schwerbehindertenvertretung) begrüßt die durch den Fahrstuhleinbau geschaffene Barrierefreiheit.

**Beschluss**

Die Deputation für Bildung stimmt der Bau- und Kostenplanung sowie der aufgezeigten Finanzierung zu.

---

**TOP 5 Zukunft der Schulgeschichtlichen Sammlung Bremen**

**Vorlage G 153**

Die Vorlage wird ausgesetzt.

---

**TOP 6 Richtlinien über die finanzielle Förderung von mehrtägigen Schulfahrten der Stadtgemeinde Bremen**

**Vorlage G 154**

**Beschluss**

Die Deputation für Bildung nimmt die Neufassung der Richtlinie zur Kenntnis.

---

**TOP 7 Bericht zur Durchführung der Ostercamps 2006**

**Vorlage G 155**

Frau Stahmann lobt die gelungene Darstellung durch das Pressereferat. Sie fragt, ob die Evaluation weiterhin unter Beteiligung des Max-Planck-Institutes durchgeführt werde. Senator Lemke erwidert, dass eine weitere Einbeziehung des Max-Planck-Institutes finanziell nicht darstellbar sei. Die Evaluation erfolge durch die Behörde und werde der Deputation für Bildung in der Septembersitzung vorgelegt. Die bisherigen durchweg positiven Rückmeldungen verstärken den Wunsch nach einem Ausbau des Angebots. Frau Kuhmann (ZEB) bekräftigt, dass die Kurse in der Tat sehr positiv aufgenommen werden. Frau Schmidtke äußert, dass möglicherweise die Ergebnisse noch weiter verbessert werden könnten, wenn z.B. auf der Gesamtkonferenz die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Camps dem Lehrkörper Bericht erstatteten. Herr Feuser erwidert, dass bereits jetzt die Lehrkräfte schriftlich unterrichtet werden. In vielen Fällen kommt es auch noch zu einem Gespräch zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Lehrerinnen und Lehrern. Die zusätzliche Aufnahme als Beratungsthema in der Schulkonferenz werde er anregen.

**Beschluss**

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Durchführung der Fördermaßnahme „Ostercamp“ zur Kenntnis und erwartet zu ihrer Sitzung am 7. September 2006 einen abschließenden Bericht über die Ergebnisse der Evaluation der Wirksamkeit dieser schulischen Fördermaßnahme.

---

**TOP 8 Unterrichtsversorgung der Schulen der Stadtgemeinde Bremen im Schuljahr 2006/2007**

**Vorlage G 156**

Frau Hövelmann führt aus, dass sich nun ganz deutlich die Auswirkungen der finanziellen Lage des Landes Bremen zeigen. Durch die finanzielle Situation sei Bremen seit Jahren zu massiven Einsparungen auch im Bildungsbereich gezwungen. Die Konsequenzen, wie zum Beispiel die Einführung des sog. Personalmixes, bedürfen der ständigen Begleitung und Aufmerksamkeit. Durch die Einsparungen und das Hinzukommen neuer Aufgaben müssen insgesamt gut 90 Stellen kompensiert werden. Das dies nicht so sozialverträglich wie gewünscht möglich ist, sei insbesondere in Anbetracht der in den letzten Jahren umgesetzten Einsparungen nur verständlich. Natürlich sei eine Verbesserung der Ausstattung mit Lehrpersonal wünschenswert, die finanzielle Realität lässt dies jedoch nicht zu. Alternativ habe nur die Möglichkeit bestanden, die Regelstundentafel zu kürzen, eine Alternative die niemand, vor allem nicht nach den PISA-Ergebnissen, ernsthaft in Erwägung ziehen könne. Frau Stahmann berichtet kurz aus den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss. Sie betont, dass sie die Schwierigkeiten des Hauses nachvollziehen könne. Dennoch hätte sie eine frühere Beteili-

gung der Deputation an der Auswahl der Sparmöglichkeiten gewünscht. Sie bezweifelt, ob die Reduktion der Vertretungsreserve auf Null im Schulalltag tatsächlich tragbar ist. Für sie sei nicht ersichtlich, warum nicht zum Beispiel im LIS noch eine Stelle hätte gestrichen werden könne. Befriedigend sei die Situation im Ganzen nicht. Frau Schmidtke gibt zu bedenken, dass die im Bereich der Sonderpädagogischen Förderung vorgenommenen Kürzungen zu besonderen Verunsicherungen führen. Grade behinderte Kinder benötigen Kontinuität in ihrem Alltag. Sie bittet hier nach Möglichkeiten zu suchen, um hier nachzubessern. Herr Rohmeyer fragt, wie viel Prozent der Vollzeitstellen im Unterricht ankommen. Weiterhin möchte er wissen, ob die Kooperation fortgeführt wird. Er vertritt die Auffassung, dass das Förderzentrum W+E aus dem Programm „Geld statt Stellen“ ausgenommen werden müsse, da dies in diesem sensiblen Bereich nicht zumutbar sei. Er bemerkt, dass der Wegfall von Nachmittagsunterricht Eltern Probleme mache, dies sei hier noch deutlicher als in Regelklassen. Er fragt, ob nicht in den Positionen 4210-4230 noch Potenzial für Einsparungen steckt. Frau Kuhman (ZEB) befürchtet, dass eine Kürzung der Vertretungsreserve zu Unterrichtsausfall führe, insbesondere da die Stadtteilschule nicht so schnell wie nötig reagieren könne. Herr Kuckero (PR-Schulen) sagt, dass die nach PISA und den Erfahrungen aus Berlin wichtigen Maßnahmen die sind, die künftig entfallen. Bei den Umverlagerungen sei noch nicht wirklich absehbar, wohin das führe. Er weist darauf hin, dass in den vergangenen 10 Jahren die Anzahl der Lehrer bei einer fast gleichen Schülerzahlen um 20 % gesunken seien. Frau Dr. Spiess unterstreicht, dass die Einhaltung einer PEP-Quote generell ein schwieriges Unterfangen ist. Allerdings sei es nun nötig, Entscheidungen zu treffen. Die Kürzung der Stundentafel stellt keine Alternative dar, somit bleibe nichts weiter, als an einzelnen Schulen nach Kürzungsmöglichkeiten zu suchen. Frau Hövelmann merkt an, dass eine andere Steuerung im Gesamthaushalt nötig sei, da die anderen Senatsbereiche noch nicht so lange einer derart rigiden Sparpolitik unterlägen. Frau von Ilsemann führt aus, dass auch die Verwaltung gerne auf die PEP-Quote verzichtet hätte. Fast alle Einsparpotentiale wurden bereits in den letzten Jahr genutzt. Da eine Stundenkürzung keine tragbare Alternative sei, konnte man nur die Anrechnungsstunden und Sonderbedarfe kürzen (beides sei geschehen), beim LIS 10% einsparen (für 2006 und 2007) und dann die Fördermaßnahmen umgestalten. Eine Pro-Kopf-Finanzierung stellt das transparentere Modell dar, allerdings sind auch hierbei besondere Belastungen, wie zum Beispiel die Sozialstruktur, zu beachten. Dies werde ausgearbeitet und für das folgende Schuljahr vorbereitet. Derzeit ist diese Form bereits in der Gymnasialen Oberstufe und im Berufsschulbereich umgesetzt. Schulen ohne Überhänge bekommen Geld statt Stellenanteile, um Vertretungspersonal zu bezahlen. Manche Schulen verfügen bereits jetzt über einen Stamm von Vertretungskräften, mit denen sie gut arbeiten. Andere müssen sich einen solchen Stamm erst noch schaffen. Der Sozialstrukturbedarf wird zum Teil in ein Programm „Sozialintegrative Maßnahmen“ umgewandelt, bei dem Erzieher/innen und Studenten z.B. Migranten fördern. Die Zahl der Förderstunden werde bei der Umwandlung erhöht. Sie betont, dass bei allen schmerzlichen Einschnitten sich die Verwaltung doch bemüht habe, ein noch verantwortbares Papier vorzulegen. Frau Stahmann fragt, warum die Klassenlehrerstunde nur teilweise erhalten geblieben sei. Weiterhin betont sie, dass die Sozialausgewogenheit bei den Kürzungen nicht gegeben sei. Frau von Ilsemann antwortet, dass der Aspekt der sozialen Ausgewogenheit beachtet werde, allerdings konnte es keine totale Ausnahme von den Kürzungen bzw. Umschichtungen geben. Herr Bothmann erläutert die Philosophie des Orientierungsrahmens und führt zu der Vertretungsreserve aus, dass 1% Zuweisung z.B. für eine 2-zügige Grundschule ca. 2 zusätzliche Lehrerwochenstunden bedeuten. Die Auswirkungen auf die Einzelschule sei immer auch ein Entscheidungskriterium gewesen und in jedem Fall bedacht worden. Ein Problem stellten die Bereiche wie Unterricht nach Stundentafel und bestimmte Anrechnungstatbestände dar, die aufgrund der gesetzlichen Regelung nicht kürzbar seien. Dies ist ursächlich für die Anwendung des Programms „Geld statt Stellen“ und den Einsatz anderen Personals außerhalb des Kernunterrichts. Die Kooperation im Förderzentrum W+E werde fortgesetzt, es wurde dort genau auf die Zuweisungen der Schülerinnen und Schüler geachtet. Der Nachmittagsbetrieb dieser Schulen werde nicht gestrichen sondern durch andere Kräfte aufgefangen. Die Klassenlehrerstunde in der Hauptschule bleibt nur in sozial schwierigen Gebieten, also ca. 1/3 der Schulen erhalten. Herr Oetjen berichtet auf die Frage nach dem Prozentsatz der im Unterricht tatsächlich ankommenden Stunden, dass derzeit 92,6% - inklusive der schulnahen Tätigkeiten – ankommen. Für den außerschulischen Einsatz von Lehrkräften wird außerdem noch Geld erstattet. Berücksichtigt man all dies, so kommen ca. 96% in Schule und Unterricht an. Herr Henschen berichtet, dass die Stundentafeln größtenteils durch KMK-Regelungen festgelegt sind. Im Benchmark liegt Bremen hier zum Teil im unteren Bereich. Frau Hövelmann fragt, wie

viele pädagogische Schulassistenten man für 12 Lehrerstellen erhalte. Herr Oetjen antwortet, dass dies 18,25 Stellen von pädagogischen Schulassistenten entspricht. Senator Lemke weist darauf hin, dass die Arbeit und Mühe die von Seiten der Verwaltung in die Erarbeitung der Vorlage geflossen sei, deutlich geworden sei. Neben aller Probleme und Ärgernisse sollte aber auch bedacht werden, dass es in einzelnen Bereichen gelingen kann, aus der Not eine Tugend zu machen. Auch die neue Regelung bei der Vertretungsreserve kann bei einem professionellen Umgang neue Chancen und Wege eröffnen. Er betont, dass im Förderzentrum W+E kein Schüler früher nach Hause geschickt werde, eine der 4 Lehrkräfte werde lediglich durch eine pädagogische Kraft ersetzt. Der Ländervergleich zeigt, dass Bremen bei den Ausgaben im Sonderpädagogischen Bereich in der Spitzengruppe liegt. Er versichert, dass die soziale Ausgewogenheit bei der Lehrerzuweisung genauso erhalten bleibe wie auch die PISA-Folgemaßnahmen. Frau Stahmann weist darauf hin, dass die Daten zwischen den Ländern nicht ohne weiteres vergleichbar sind, da andere Länder die Kosten für Sonderpädagogik im Bereich Soziales verbuchten. Bremen unterrichtet in der Grundschule integrativ und dies muss bei den Betrachtungen mit einfließen.

### **Beschluss**

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

---

### **TOP 9    Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur**

### **Vorlage G 157**

Frau Stahmann begrüßt die Vorlage und bittet um Weiterleitung der Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuss. Herr Rohmeyer sagt, dass das Protokoll der vergangenen Debatte in der Bremischen Bürgerschaft ausreichend die inhaltliche Debatte widerspiegle. Er bemängelt, dass getroffene Beschlüsse nicht eingehalten und die angeforderten Controllingberichte nicht vorgelegt wurden und dass die dargestellten „Effizienzgewinne“ wild zusammengewürfelt seien. Der Haushalts- und Finanzausschuss habe dies zu bewerten. Frau Hövelmann betont, dass die Fraktion der SPD der Einrichtung der Gesellschaft immer kritisch gegenüber stand. Die Zustimmung habe die SPD-Fraktion nur auf Grund der fehlenden Haushaltsmittel gegeben. Sie spricht sich dafür aus, die Gesellschaft als Mantel beizubehalten. Senator Lemke weist darauf hin, dass die Ausgaben für das Gutachten von Putz&Partner im Zusammenhang mit der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur sinnvoller angelegt worden sei als bei manch anderer Maßnahme in anderen Ressorts.

### **Beschluss**

1. Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht des Senators für Bildung und Wissenschaft zur Nichtaufnahme der operativen Tätigkeit der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur und die organisatorische Absicherung des fortlaufenden Umbauprozesses für das bremische Bildungssystem zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Bildung bittet um Weiterleitung dieses Abschlussberichtes zur Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.